

...und Luxemburg?

Als Premierminister Jean-Claude Juncker am Karfreitag seine Unterschrift unter die Petition zugunsten eines Schuldenerlasses für die Dritte Welt setzte, meinte er fairerweise, wie der GréngeSpoun (Nr. 479) zu berichten wußte, ihm sei die Unterschrift wohl leichter gefallen als manchem seiner europäischen Kollegen, da seine Regierung die eher bescheidenen Schulden, die Länder der Dritten Welt beim Luxemburger Staat hatten, schon erlassen habe. Darf Luxemburg sich nun auf seinen Lorbeeren ausruhen?

In der Erklärung zur Luxemburger Entwicklungspolitik, die Staatssekretärin Lydie Err am 10. Februar 1999 vor der Abgeordnetenkammer abgab, war sie auch auf das Thema eingegangen: «Un des problèmes les plus importants auquel doivent faire face les pays en développement est assurément celui de la dette. Ces pays consacrent souvent un pourcentage considérable - jusqu'à 40 ou même 50% de leur budget, 20% en moyenne de leurs recettes d'exportation - pour assurer le service de la dette. Je salue tout effort visant à réduire sinon à supprimer la dette des pays les moins avancés. Imaginons ce que ces pays pourraient réaliser en utilisant ces mêmes moyens pour développer leur éducation, leur système de santé. La tâche de la coopération en serait assurément facilitée de beaucoup.» Braucht Luxemburg also nur zuzusehen?

Mit Genugtuung darf man feststellen, daß die Juncker-Regierung die luxemburgische Entwicklungshilfe konstant steigert, so daß sie 1999 0,61% des Bruttosozialprodukts und 2,25% des Staatsbudgets ausmacht. Luxemburg wird voraussichtlich im Jahr 2000 den kleinen Kreis von Staaten einholen, die



0,7% ihres BSP für die internationale Solidarität zur Verfügung stellen, während laut Jahresbericht der Weltbank 1998 die Entwicklungshilfe weltweit auf knapp 30 Millionen Euro gefallen ist: ein Rückgang von 40% im Vergleich zu 1990, um nur noch 0,25% des BSP der Industrieländer auszumachen. Soll Luxemburg sich nun über einen Schuldenerlaß freuen, weil dann seine Entwicklungshilfe reduziert werden könnte?

Die vorausgehenden Beiträge haben hoffentlich deutlich gemacht, daß es mit einem Nachlaß der Schulden nicht getan ist. Es muß ein Fonds geschaffen werden, um die freigesetzten Gelder entwicklungspolitisch sinnvoll umzuverteilen. Es müssen internationale Rechtsmaßstäbe geschaffen werden, um eine erneute Schuldenabhängigkeit und finanzielle Versklavung der Dritten Welt zu verhindern. Dabei könnte Luxemburg sehr wohl eine entscheidende Rolle spielen. Angesichts seines Erfahrungskapitals als internationales Finanz- und Kreditzentrum scheint es doch wie gerufen, um bei der Ausarbeitung des entsprechenden Instrumentariums seine Dienste anzubieten, sein Know-how einzubringen. Da es selbst

keine Kreditforderungen gegenüber der Dritten Welt hat, kann es zudem nicht in den Verdacht geraten, bei der Entwicklung eines internationalen Insolvenzrechts und der Schaffung eines Schuldenfonds nur auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein. Gerade bei den Regierungen der Dritten Welt müßte Luxemburg also einen Vertrauensvorschuß genießen. Doch ist das möglich, solange das Bankgeheimnis so dicht ist, daß Diktatoren aus aller Welt ihr möglicherweise aus mißbrauchter Entwicklungshilfe stammendes Privatvermögen ungestraft hier anlegen können? Müßte nicht auch eine Meldepflicht für Fluchtgelder eingeführt werden wie sie schon bei Verdacht auf Drogengelder am Bankplatz Luxemburg besteht?

Die von Claude Wey in einem *forum*-Essay geforderte 'neue Außenpolitik' (*forum* Nr. 189) könnte solcherart schneller und einfacher als erwartet konkrete Gestalt annehmen. Vielleicht fällt am Schluß gar Luxemburg der Sitz des internationalen Schiedsstelle für Insolvenzfragen zu ... Es lassen sich nicht nur mit EU-Institutionen Ansehen gewinnen und qualifizierte Arbeitsplätze schaffen.

m.p.